POSTALISCHE BETRACHTUNG

Bei der Deutschen Post, die auch die „Universitätszeitung" der Karl-Marx-Universität zustellt, wird unsere Zeitung recht klein geschrieben. Man läßt uns das dadurch fühlen, daß die „UZ", die dienstags zu erscheinen pflegt, in den meisten Fällen erst freitags, in vielen Fällen erst sonnabends in die häuslichen Briefkästen fällt.

Wenn wir unsererseits „post" auch einmal kleinschreiben, dann stoßen wir auf vielsagende Zusammenhänge. Dieses post heißt laut Lexikon: hinter, hinten, nach, hernach, später als —. Amüsant, wie?

Nun kann es sein, daß die Deutsche „post" unserer universitas eine Art Reverenz erweisen will, indem sie den Vertrieb der „UZ" nach dem obigen Wortsinn des Lateinischen ausübt, das ja einst die akademische Sprache war. Denn natürlich suchen wir zunächst eine vornehme Absicht hinter der post-Bummelei der Deutschen Post.

Betrüblich ist ja auch gar nicht die Absicht, sondern die Ergebnisse a posteriori. Diese sind unter anderem geharnischte Telefonanrufe, in denen der unschuldigen Redaktion die Abbestellung mitgeteilt wird. Manchmal auch eine Postkarte, aber die braucht zu uns nur 20 Prozent der Zeit, die unsere „UZ" von uns zum Leser braucht. Das allerniedrigste Bezugsgeld ist selbstverständlich noch zu teuer, wenn eine Zeitung fast als Altpapier ins Haus geliefert wird.

Von der Post sagen zu müssen, daß sie post festum kommt, ist für sie ein schlechtes Zeugnis. Deshalb müssen wir hiermit gegen solche Schluderei auch energisch posto fassen.

Wir verlieren ja nicht nur Leser, sondern wir finden auch keine Autoren mehr. Diese befürchten nämlich, daß ihre Artikel erst nach ihrem Ableben als posthumes Werk unter die Leute kommen.

Wir sehen nun den Verbesserungsvorschlag seitens der „post" entgegen, in dem man uns eventuell nahelegen wird, unsere Zeitung künftig als poste restante dem Leser zuzustellen, dann kann er sie selbst am Schalter abholen, wenn es ihm paßt.

Es tut uns leid, aber uns paßt die „post" nicht.

Postskriptum:

Damit die post-Kollegen auch garantiert in den Genuß dieser Betrachtungen kommen, werden wir ihnen ein Exemplar per Einschreiben zusenden, das die handschriftliche Widmung der Redaktion trägt:

Wer postet der rostet!

H. Willmann

Alle halfen bei der Verwirklichung des Planes

Unsere Zeitung berichtete bereits über den umfangreichen Veranstaltungsplan des Franz-Mehring-Instituts zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Wie die Genossen des FMI ihre Aufgaben erfüllt haben, schrieb uns Brigitte Dehmel.

Hundert Genossen unseres Instituts hatten sich verpflichtet, in Betrieben unserer Stadt über die Bedeutung der Oktoberrevolution für den Befreiungskampf der ganzen Menschheit zu sprechen. Bereits Anfang des Monats sind 40 Vorträge gehalten worden, die anderen waren auf den 6. und 7. November festgelegt. Ein großer Teil der Genossen kann von Erfolg sprechen. Vielen gelang es, dank der guten Anleitung durch die Genossen Wissenschaftler, in die Herzen der Zuhörer einzudringen.

Es ist eine schöne Anerkennung für eine junge Genossin, wenn ihr zum Abschied im Betrieb gesagt wird: „Als wir hörten, daß eine so junge Kollegin das Referat übernimmt, waren wir sehr skeptisch. Aber wir freuen uns, daß Sie als junge Studentin so tief in die Lehre des Sozialismus eindringen."

Die Seminargruppe II/3 hat eine interessante Ausstellung aufgebaut. Das viele Bildmaterial, darunter Kopien wertvoller Dokumente, z. B. das Dekret über den Frieden, lassen in anschaulicher Weise die Ereignisse des Jahres 1917 an uns vorüberziehen.

Insgesamt 1000 Aufbaustunden wollen Wissenschaftler und Studenten leisten bzw. eine Nachtschicht in Spinnereibetrieben arbeiten. Bis zum 3. November waren bereits 900 Stunden gearbeitet worden. Hier muß erwähnt werden, daß der weitaus größte Teil der Institutsangehörigen in diesen Winterferien wieder acht Tage in Braunkohlenbetrieben arbeiten will.

Großen Anklang fand der Aufruf der FDJ-Leitung zum Wettbewerb um das bestausgestaltete Zimmer des Instituts. Bis zum 4. Oktober waren alle Räume, die die Seminargruppen ausgestalten sollten, mit Bildern, Fahnen und Losungen geschmückt. Die fleißigste Gruppe erhält eine Fahne. Höhepunkt unserer Veranstaltungen zum Jahrestag der Oktoberrevolution ist das Treffen mit 30 Komsomolzen. Der persönliche Kontakt mit jungen sowjetischen Menschen wird für uns sehr interessant sein.

In die falsche Richtung gerudert

Das ist ganz einfach auszusprechen: Theorie und Praxis müssen übereinstimmen. Es ist einleuchtend, solches zu lesen oder in einer Vorlesung zu hören. Man nickt zustimmend oder applaudiert.

Unsere Sportbewegung ist eine sozialistische Organisation. Ihre Mitglieder sollen deshalb nicht nur über einen gesunden Körper, sondern auch über einen gesunden Geist verfügen. Sie sollen gesunde, politisch denkende Menschen sein, die zu urteilen verstehen. Daraus ergeben sich für die Trainer große Erziehungsaufgaben. Ihre erste Pflicht ist es jedoch, selbst Vorbild zu sein. Auch das ist einfach zu erkennen. Wie aber sieht die Praxis wirklich aus?

Da werden zwölf junge Nachwuchsruderinnen unserer Hochschulsportgemeinschaft zu einem Trainingslehrgang nach Berlin-Grünau delegiert; das kostet sie nichts. Mit ihnen fährt die hauptamtliche Rudertrainerin der HSG, Frau Helga Gohlitz. Bis in die Nachmittage hinein wird in Grünau hart trainiert. Danach ist Freizeit . . . ja, und da sind auf einmal alle guten Vorsätze dahin, alles Gelernte wird zur bloßen Phrase. Irgendwie kommt man auf den Gedanken, nach West-Berlin zu fahren, mal zu sehen, wie es dort ist. Die Leitung der Sportschule hatte den Jugendlichen zwar zu Beginn des Lehrganges die Lage in Berlin erklärt, aber da kein generelles Verbot ausgesprochen wurde, fuhren sie eben doch. Frau Gohlitz als verantwortliche Trainerin und Leiterin des Ruderlehrganges ließ es ebenfalls bei der Belehrung. Als das nichts fruchtete und entsprechende Auseinandersetzungen mit den Mädchen das einzig Richtige gewesen wären, ging sie den Weg des geringeren Widerstandes. Wie sie behauptet, aus dem Bestreben heraus, die Mädchen nicht ohne Aufsicht zu lassen, unternahm sie mit ihnen einen — wenn man so sagen will — organisierten Spaziergang nach West-Berlin, obwohl auch ihr bekannt sein mußte, daß sie durch diese Handlungsweise gegen die Anordnung des Staatssekretariats für Hochschulwesen verstößt.

In einer Versammlung der Lehrgangsteilnehmer mit der Leitung der HSG, die vorige Woche stattfand, stellte es sich heraus, daß die jungen Ruderinnen durchaus nicht zu den Unbelehrbaren gehören. Doch die jetzt geführten Auseinandersetzungen wären in Berlin notwendig gewesen. Da das nicht der Fall war, blieb es auch nicht bei einem Besuch in West-Berlin. Weitere Besuche (ohne Aufsicht) folgten. Es wurden für unser Geld Kleinigkeiten, von der Tafel Schokolade bis zum Paar Schuhe, die über 100 DM kosteten, gekauft. So wurde den Schiebern und Spekulanten in West-Berlin, denen durch die Umtauschaktion unserer Banknoten einige Milliarden abgenommen wurden, bewußt oder unbewußt wieder unter die Arme gegriffen.

Es stimmt, die Mehrzahl der Mädchen ist erst siebzehn Jahre alt; sie handelten unüberlegt. Doch die Studentinnen der Karl-Marx-Universität? Ute Gabler, stud. med. des 2. Studienjahres, war zwar nicht in West-Berlin, aber sie überzeugte auch ihre Sportkameradinnen nicht, das gleiche zu tun. Inge Grab, stud. med. des 3. Studienjahres, dagegen fuhr ebenfalls mit nach West-Berlin. Das ist um so unverständlicher, da doch die Umtauschaktion, die Millionen in den Trainingsaufenthalt in Grünau lief, jedem Bürger der DDR die Augen vollends öffnete.

Das alles zeigt, daß in einigen Sektionen unserer Hochschulsportgemeinschaft von den Trainern und Übungsleitern noch ungenügend politische Erziehungsarbeit geleistet wird. Die Leitung der HSG muß deshalb dafür sorgen, daß dieser Vorfall in allen Sektionen Ausgangspunkt einer entschiedenen Verbesserung der politischen Erziehung unserer Sportler wird.

Ulli Pfeiffer

Aus dem Universitätsgeschehen

In einem feierlichen Akt begingen die Angehörigen unserer Universität in der Kongreßhalle den 40. Jahrestag der Oktoberrevolution. Die Festansprache hielt der neuernannte Direktor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, Dr. Josef Schleifstein.

Die erste wissenschaftliche Konferenz des Franz-Mehring-Instituts fand am 1. und 2. November statt. Eine Einschätzung der Veranstaltung erscheint in unserer nächsten Ausgabe.

Ihre Verpflichtung, bis zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 100 Aufbaustunden zu leisten, haben die Kollegen der Abteilung Erwachsenenbildung am Institut für Pädagogik mit 41 Stunden übererfüllt.

Zum Thema „Arbeitspsychologie im Kapitalismus und im Sozialismus" sprach am 25. Oktober Dipl.-Ing. Dr. h. c. Franz Bandel, Werkleiter des Walzwerkes Hettstedt, Nationalpreisträger und Ehrensenator der Martin-Luther-Universität. Zu diesem wissenschaftlichen Kolloquium hatte der Direktor des Instituts, Prof. Dr. W. Fischel, eingeladen. Der Vortrag behandelte die Probleme der Arbeitspsychologie vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus und wurde mit Begeisterung aufgenommen.

Parteisekretär und Direktor des Volkseigenen Gutes Zschortau boten in einem Schreiben an die Universitäts-Parteileitung, den Studenten des 3. Studienjahres der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät den Dank für vorbildliche Erntehilfe auszusprechen.

Glückwünsche zum Start des „Sputnik II" übermittelten die Studenten der Veterinärmedizinischen Fakultät den Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Die Absolventen des Instituts für Psychologie kamen am 2. und 3. November zu einem Absolvententreffen zusammen. Wie uns unser Vg-Korrespondent mitteilte, fanden besonders die Vorträge über die Arbeitspsychologie in der sozialistischen Praxis große Aufmerksamkeit.

Germanisten sind auf dem richtigen Weg

Kurz vor den Kommunalwahlen dieses Jahres wurde in allen Grundorganisationen der Karl-Marx-Universität ein Beschluß der UPL über die Lage der Grundorganisation Germanisten/Sinologen diskutiert. Er zeigte das Bild einer durch revisionistische Angriffe, ideologische Schwankungen und pessimistische Stimmungen gelähmten und beinahe zersetzten Parteiorganisation. Seitdem stellen viele Genossen immer wieder die Frage: Wie sieht es bei den Germanisten aus? Wie werden die Genossen mit ihrer Aufgabe fertig, die Schlagkraft der Partei wieder herzustellen? Eine Antwort auf diese Frage gab die Mitgliederversammlung der Genossen Germanisten und Sinologen vom 31. Oktober.

Referat und Diskussion standen, wenn man auch im Raume vergebens nach einer sichtbaren Losung suchte, unter der Devise des 33. Plenums: „Unsere Orientierung — den Feind angreifen und schlagen!" Vor allem die Diskussion suchte dieser Parole gerecht zu werden. Da war nichts zu spüren von Resignation und Achselzucken, sondern fast alle Redner ließen Optimismus und Zuversicht erkennen. Ueberhaupt hat es eine solche Diskussion, wie mir viele Genossen versicherten, auf einer Mitgliederversammlung der Germanisten lange nicht mehr gegeben. Allein die Zahl der Diskussionsredner war nicht alltäglich: beinahe jeder dritte Genosse meldete sich zu Wort. Zahlreiche Genossen Studenten berichteten darüber, wie sie in den FDJ-Gruppen bemüht sind, die führende Rolle der Partei zu verwirklichen. Ein Teil von ihnen sprach zum ersten Male in einer Mitgliederversammlung, wie die Genossin Lindhorst, die knapp, einfach und überzeugend am Beispiel der Arbeit der Genossen in ihrer FDJ-Gruppe zeigte, wie die Partei ihre Politik nur dann durchsetzen und nur dann Autorität gewinnen kann, wenn sie geschlossen auftritt und ihre Forderungen offen darlegt.

Ganz im Sinne dieser Worte bildete eine offene Darlegung einer Reihe von Forderungen der Partei das Anliegen und Ergebnis der Versammlung. Die Genossen beriefen und beschlossen „Thesen zur sozialistischen Umgestaltung der Germanistischen Institute", die die Grundorganisation in den nächsten Tagen allen Wissenschaftlern und Studenten zur Diskussion unterbreiten wird. Diese Thesen stellen eine Art Arbeitsprogramm auf lange Sicht dar, in dem die Veränderungen festgelegt sind, die von der Partei durchgesetzt werden müssen, um die Germanistischen Institute zu Bildungsstätten des Sozialismus zu machen. Sie sollen damit zugleich alle Institutsangehörigen zur Diskussion über die Forderungen der Partei veranlassen. Unter anderem verlangen sie, Lehre und Forschung der gesamten Fachrichtung auf der Grundlage des Marxismus zu stellen. Weiterhin nennen sie Ziele, auf die die Ausbildung der Studenten gerichtet sein muß, um den Anforderungen der sozialistischen Praxis zu entsprechen. Sie wenden sich gegen den Typ des Studenten, der nur dann gesellschaftlich aktiv wird, wenn es um sein Stipendium geht.

Wenn sich an ihnen aber wirklich die Geister scheiden sollen, wenn sie zu einem klaren „Ja" oder „Nein" zwingen sollen, müssen sie entsprechend präzise sagen, was wir wollen. In dem beschlossenen Wortlaut sind zwar einige verwaschene und unverbindliche Formulierungen beseitigt, die in dem ursprünglichen Entwurf der Parteileitung enthalten waren, dennoch blieben verschiedene schwache Punkte. So ist beispielsweise zu hoffen, daß die stilistische Ueberarbeitung der Thesen den mehr als zweideutigen Ausdruck beseitigt, die Studenten sollen ihr „Ethos" auf unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat „abstimmen". Solche Menschen, die ihre Gesinnung für mehr oder minder lange Zeit, mindestens aber für die Dauer des Studiums (sprich: Stipendienempfangs) auf unsere Anforderungen „abstimmen", haben wir genug, und im Zuge der sozialistischen Umgestaltung sollen gerade sie der Vergangenheit angehören. Was wir brauchen und was sicher auch die Genossen Germanisten wollen, sind Studenten, die ehrlich und bewußt Partei ergreifen. Viel schwerwiegender als dieser falsche Zungenschlag ist jedoch die Tatsache, daß in den Thesen fast nichts darüber gesagt wird, welche unmarxistischen und unwissenschaftlichen Theorien auf dem Gebiete der Sprach- und Literaturwissenschaft zu bekämpfen und zu überwinden sind, wenn die sozialistische Ideologie an den Germanistischen Instituten auch in Lehre und Forschung festen Fuß fassen soll. Knappe Feststellungen in dieser Richtung hätten einen guten Auftakt für die geplanten Diskussionen über Probleme des sozialistischen Realismus und andere Fragen der Gegenwartsliteratur geben können.

Ich wurde das Gefühl nicht los, daß die „Vorsicht" hinsichtlich der Festlegung des Standpunkts der Grundorganisation in wissenschaftlichen Fragen zusammenhängt mit einem gewissen Zurückweichen vor Auseinandersetzungen in der Parteigruppe der Wissenschaftler. Das Referat des Genossen Wolf erging sich nur in einige dunkle Andeutungen über hilflos und schleppend geführte Diskussionen in dieser Gruppe, und im übrigen schwieg man sich zu diesem Punkte völlig aus.

Darüber hinaus gab es in der Versammlung einige Anzeichen, die erkennen ließen, daß es noch lange nicht gelungen ist, die ganze Grundorganisation zu mobilisieren. Fünfzehn Prozent aller Mitglieder fehlten unentschuldigt, nur 66 Prozent der Genossen hatten ihre Beiträge für Monat Oktober bezahlt, und bedenklich viele Genossen scheuten sich, das Abzeichen der Partei zu tragen. Zu all diesen Fragen wurde jedoch nicht gesprochen.

Auch als Genosse Kühn recht scharf und sicher nicht unberechtigt Lehrveranstaltungen der Genossen des Ostasiatischen Instituts kritisierte, weil sie zu wenig zur sozialistischen Erziehung der Studenten beitragen, wurde dieses Thema weder von der Versammlungsleitung noch von den folgenden Diskussionsrednern aufgegriffen.

Für die sozialistische Umgestaltung der Universität kämpfen, heißt für die Partei, ideologisch angreifen. Dieser Gedanke stand im Mittelpunkt der Versammlung. Für die sozialistische Umgestaltung kämpfen, heißt aber auch, gegen Lauheit, Passivität und Zurückweichen unter den Genossen zu kämpfen. Diese Wahrheit wurde viel zuwenig betont. Deshalb ist es eine dringende Aufgabe für die Genossen Germanisten, in der nächsten Zeit entschlossen die Auseinandersetzung in die eigenen Reihen zu tragen, um ideologisch und wissenschaftlich voranzukommen.

Die Mitgliederversammlung vom 31. Oktober war also nur ein erster Schritt auf einem guten und richtigen Wege. Weitere Schritte müssen folgen — und die Genossen Germanisten haben das Zeug, sie zu tun.

Dr. Gottfried Uhlig

Mediziner begannen mit Auswertung des 33. Plenums

Studenten und Wissenschaftler der Medizinischen Fakultät haben sich vorgenommen, die Materialien des 33. Plenums auch in den Wahlversammlungen der FDJ zu behandeln. Es geht ihnen dabei besonders um die Aufgaben des Gesundheitswesens. Wie wir erfahren konnten, ist an medizinische Betreuung von Werktätigen am Arbeitsplatz als eines der Mittel, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, gedacht. Die Studenten des Instituts für Sozialhygiene verpflichteten sich, unter Leitung eines Internisten Reihenuntersuchungen in einer LPG vorzunehmen und sich um die hygienischen Verhältnisse auf dem Lande zu kümmern. Die „UZ" wird in ihrer nächsten Ausgabe auf Seite 1 ausführlicher berichten, wie die Beschlüsse des 33. Plenums an verschiedenen Fakultäten ausgewertet werden.

DEBATTE

Die Weiterentwicklung unserer Karl-Marx-Universität zu einer sozialistischen Universität ist eine Aufgabe, die alle Angehörigen der Universität angeht. Damit taucht die Frage auf, ob und inwiefern auch unsere Professoren und diejenigen unter unseren Assistenten, die in bürgerlichen Vorstellungen groß geworden sind, an dieser Aufgabe mitwirken können, ob sie an unserer Universität Zukunftsaussichten haben.

Versuchen wir, das Bild eines durchschnittlichen älteren Assistenten bürgerlicher Herkunft an einem unserer Institute zu zeichnen. Wir wollen ihm der Einfachheit halber einen Namen geben und Dr. Schneider nennen.

Was wird aus Dr. Schneider?

Herr Dr. Schneider ist zweifellos begabt, er hat echte wissenschaftliche Interessen und auf seinem Fachgebiet fruchtbare Gedanken. Dieses Interesse für die Wissenschaft bindet ihn an unsere Universität, er will sich habilitieren, pflegt die Verbindung zu den Professoren, denen er sich nützlich zu machen versteht, und hat durchaus Aussichten, Hochschullehrer zu werden. An den FDJ-Sekretär und an den Parteisekretär seines Instituts wendet er sich in politischen Fragen nicht, denn er verschließt sich vor der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der Partei.

Großen Wert legt er auf westliche wissenschaftliche Zeitschriften und Bücher, auch solche allgemeinwissenschaftlichen Inhalts, denn, so sagt er, er müsse sich auf dem laufenden halten. Er legt Wert darauf, in Fachkreisen bekannt zu werden und nimmt deshalb gern an wissenschaftlichen Tagungen und Kongressen besonders in der Bundesrepublik teil, wo er Referate hält, die mit Beifall aufgenommen werden. Seine individualistischen Neigungen drücken sich in der Pflege eines bestimmten wissenschaftlichen Spezialgebietes aus, in das er sich jederzeit zurückziehen kann. Der Beteiligung an kollektiven Forschungsarbeiten steht er reserviert gegenüber. Veröffentlichungen in russischer Sprache sind ihm nicht direkt zugänglich und deshalb studiert er sie nur, wenn er direkt dazu veranlaßt wird.

Seine Vorstellungen von Allgemeinbildung sind im Grund humanistisch liberal gefärbt. Krieg und Faschismus lehnt er ebenso ab wie jede Form sozialistischer Demokratie. Als guter Staatsbürger hält sich Dr. Schneider an die Gesetze und Bestimmungen unseres Staates, aber er beurteilt sie im wesentlichen nur nach seinen Privatinteressen.

Sicher gibt es an vielen unserer Institute solch einen Dr. Schneider. Sicher gibt es auch Wissenschaftler, die aufgeschlossener und unserer, wie auch weniger zugänglich sind. Sicher kann der eine oder andere Leser unserer Zeitung das Bild ergänzen und differenzieren.

Was soll mit Herrn Dr. Schneider bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Universität geschehen? Soll man ihn von der Universität entfernen? Soll man ihn in Frieden lassen?

Unserer Ansicht nach sollten diese Fragen diskutiert werden. Je gründlicher sie behandelt werden und je mehr Stimmen zu Worte kommen, desto größere Erfolge werden wir bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Universität erzielen.

ch

An Syriens Seite

Zu einem Nahost-Forum mit Anwesenheit der syrischen Landsmannschaft hatte der Friedensrat der Karl-Marx-Universität am 30. Oktober in den Kultursaal des Messeamtes eingeladen.

Der Aufruf zu dieser Veranstaltung war unter anderem von Frau Prof. Dr. Lips und den Herren Professoren D. Fuchs, Dr. Hans Mayer, Dr. Uebermuth, Dr. Budzislawski und Dr. Krahnert unterzeichnet. Die Anwesenden versicherten dem syrischen Volk in einer Solidaritätserklärung volle Unterstützung in seinem gerechten Kampf.

Gedanken zur sozialistischen Universität

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir wissen, daß sich heute kein wissenschaftlich Arbeitender ohne Kenntnis des Marxismus-Leninismus richtig orientieren kann und daß sich kein echter Wissenschaftler beim gründlichen Studium der klassischen Werke unserer Weltanschauung der Kraft der Idee des Marxismus-Leninismus zu entziehen vermag, deren Richtigkeit eben 40 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution augenscheinlich beweisen.

Diese wenigen thesenhaften Gedanken zur sozialistischen Universität sollen die notwendige Aussprache an unserer Universität eröffnen, damit jedem der weitere Weg unserer Universität völlig klar wird. Mögen alle Angehörigen des Lehrkörpers, der Assistentenschaft, die Studierenden, unsere Arbeiter und Angestellten in diese große Aussprache eintreten.

Die Klärung dieses Problems im Sinne des historischen Fortschritts entscheidet über die Rolle und Stellung der Karl-Marx-Universität. Das Mitarbeiten an der sozialistischen Umgestaltung entspricht der nationalen Verantwortung der Wissenschaftler, Studierenden und Mitarbeiter unserer Universität, denn es ist ihre Aufgabe beim Vorwärtsschreiten unseres Volkes auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.